

Die Revolte von Lampedusa [20.02.2009](#)



LAMPEDUSA/BERLIN (Eigener Bericht) - Trotz eskalierender Flüchtlingsrevolten in den Grenzlagern und Abschiebegefängnissen der EU verweigert Berlin eine Humanisierung der europäischen Asylpolitik. Wie EU-Innenkommissar Jacques Barrot verlangt, sollen die teilweise lächerlich niedrigen Anerkennungsquoten in Asylverfahren nach oben korrigiert und die Lebensbedingungen von Flüchtlingen mit der Einführung von Mindeststandards auf ein menschenwürdiges Niveau gehoben werden. Das Bundesinnenministerium erklärt, es sei nicht bereit, den Forderungen zu entsprechen. Erst kürzlich hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel den deutschen Beitrag zur "Flüchtlingsbekämpfung" gelobt - auch im Mittelmeer. Dort setzen sich inzwischen die aus Afrika einreisenden Migranten gegen Internierung und Massenabschiebungen zur Wehr. Die Proteste beschränken sich nicht nur auf Lampedusa, wo die Lage nach brachialen Abschiebeversuchen gänzlich außer Kontrolle geraten ist, sondern erreichen inzwischen das italienische Festland und Malta. Die Eskalation ist auch ein Ergebnis der Berliner Flüchtlingsabwehr, die den Druck an den Außengrenzen der EU gewaltig erhöht.

Komplett militarisiert

Die Eskalation auf Lampedusa hatte sich bereits im Januar deutlich abgezeichnet. Rom hatte beschlossen, die auf der Insel trotz Frontex und nordafrikanischer Grenzpatrouillen eintreffenden Flüchtlinge nicht mehr auf das italienische Festland zu geleiten, sondern sie auf der Insel zu internieren und direkt von dort abzuschicken. Binnen weniger Wochen war das Flüchtlingslager auf Lampedusa, das eigentlich maximal 850 Personen aufnehmen kann, mit fast 2.000 Migranten völlig überfüllt. Selbst die Lebensmittel auf der Insel, die ohne die Flüchtlinge nur rund 6.000 Bewohner verzeichnet, wurden knapp. Ende Januar brachen rund 800 Migranten zu einer Protestdemonstration aus dem Internierungslager aus, ein Generalstreik der Inselbewohner sowie erste Hungerstreiks schlossen sich an. Die Insel, auf der mittlerweile fast 1.000 Polizisten und Soldaten im Einsatz sind, sei durch die Abschottungsmaßnahmen rund um das Lager "komplett militarisiert", beklagen Einwohner. Der Bürgermeister spricht von "Alcatraz im Mittelmeer".[1]

Außer Kontrolle

Geplante Massenabschiebungen haben die Lage nun völlig außer Kontrolle geraten lassen. Rom hat eine neue Abschiebevereinbarung mit der tunesischen Regierung geschlossen, die es erlaubt, bis zu 500 Personen von Lampedusa nach Tunesien abzuschicken. Die Vereinbarung entspricht in vollem Umfang der Berliner Politik, die es vorsieht, Migranten an den Außengrenzen der EU abzufangen und sie, wenn möglich, direkt von dort abzuschicken (german-foreign-policy.com berichtete [2]). Als die italienische Polizei nun vor wenigen Tagen begann, die ersten abzuschickenden Migranten - rund 100 - zu ergreifen [3], revoltierten die Lagerinsassen. 300 traten in Hungerstreik, es kam zu Tumulten, schließlich geriet ein Teil des Lagers in Brand. Rund 40 Personen erlitten Verletzungen. Presseberichten zufolge werden bis zu 500 Flüchtlinge bis auf weiteres auf dem großteils zerstörten Lagergelände festgehalten - unter katastrophalen Bedingungen.

Flächenbrand

Die Aufstände weiten sich mittlerweile auf das italienische Festland aus. Bereits in den vergangenen Wochen war es in mehreren italienischen Flüchtlingslagern zu Unruhen gekommen. Am gestrigen Donnerstag folgten Proteste in verschiedenen Städten, darunter in Mailand, wo ebenfalls eine Internierungsanstalt in Brand geriet. In Turin, wohin 20 Migranten aus Lampedusa verlegt wurden, ist von einem Hungerstreik die Rede. Auch auf Malta hat die Revolte von Lampedusa neue Proteste entfacht. Dort war es schon Ende Januar zu Tumulten gekommen, Anfang Februar waren dann mehrere Migranten aus einem Internierungslager entflohen, jedoch von Polizei und Militär unter Nutzung von Hubschraubern wieder festgenommen worden. Zusammenstöße wurden mit einem Tränengaseinsatz beendet.[4] Am gestrigen Donnerstag vermeldeten die Medien erneute Aufstände und Brände in zwei Lagern. Die Zustände werden als chaotisch bezeichnet.

Abschiebehäft

Proteste gegen die deutsch-europäische Internierungs- und Abschiebepolitik finden weiterhin, wenngleich in recht unterschiedlicher Intensität, auch in kerneuropäischen Lagern und Haftanstalten statt. Letzten Juni etwa revoltierten Flüchtlinge im größten französischen Abschiebegefängnis in Vincennes, nachdem es dort bereits mehrere Monate lang zu Unmutsaktionen gekommen war. Das Lager brannte vollständig aus.[5] In Deutschland gelingt es den Repressionsbehörden bisher noch, offene Revolten in Abschiebegefängnissen zu verhindern. Welch ungeheurem Druck die Abschiebehäftlinge aber auch hier ausgesetzt sind, zeigt eine Erhebung der Bundesregierung vom vergangenen Dezember. Demnach nahmen sich allein in der Zeit von 2005 bis 2007 mehr als 40 Inhaftierte in deutschen Abschiebegefängnissen das Leben oder versuchten dies - aus Furcht vor der Abschiebung.[6]

Ausgeschlossen

Vorschläge zu einer wenigstens partiellen Humanisierung der europäischen Flüchtlingspolitik hat jetzt EU-Innenkommissar Jacques Barrot gemacht. Dabei geht es unter anderem um die Lebensbedingungen, denen unerwünschte Migranten in Europa ausgesetzt sind. Gerade in Deutschland rufen sie regelmäßig Proteste hervor [7], die zwar nicht so stark eskalieren wie nun in Südeuropa, aber lange anhalten. So beklagen sich Flüchtlinge aus einem abgelegenen Lager in Gehlberg (Thüringen), dass sie kein Bargeld erhalten, nur über Gutscheine versorgt werden, unzureichenden Zugang zu Ärzten haben und wegen der miserablen Verkehrsanbindung des Lagers praktisch vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sind. Einige von ihnen müssen schon seit über zehn Jahren in Gehlberg wohnen. Viele leiden inzwischen an seelischen Erkrankungen. Sie führen ihre Proteste seit Juni 2008 fort.[8]

Inhuman

EU-Innenkommissar Barrot schlägt vor, Mindeststandards für Asylbewerber einzuführen; ihr Budget soll künftig nicht geringer sein als die Sozialleistungen an einheimische Bedürftige, die als Minimum für ein menschenwürdiges Leben in den europäischen Wohlstandszentren gelten. Barrot schlägt außerdem vor, in der EU eine Angleichung der Standards in Asylverfahren vorzunehmen, um die zum Teil - etwa in Deutschland - lächerlich niedrigen Anerkennungsquoten etwas nach oben zu korrigieren. Die Dringlichkeit der Vorschläge offenbart ein kurzer Blick auf die aktuellen Flüchtlingsproteste und ihre Ursachen. Berlin blockt Barrot jedoch ab. Wie das Bundesinnenministerium und die Innenminister mehrerer Bundesländer verlauten lassen, werden sie die Vorschläge des EU-Innenkommissars scheitern lassen [9] - und damit eine Humanisierung der europäischen Asylpolitik verhindern.

Bitte lesen Sie auch unser EXTRA-Dossier [Festung Europa](#) .

[1] Das neue Gefängnis Europas?; tagesschau.de 27.01.2009

[2] s. dazu [Eins zu zehn](#) , [Interview mit Karl Kopp](#) und [Land ohne](#)

Flüchtlinge

[3] 40 Verletzte auf Lampedusa; tagesschau.de 18.02.2009

[4] Ausbruch aus Flüchtlingslager auf Malta; no-racism.net 06.02.2009

[5] Revolte im Abschiebegefängnis von Vincennes; no-racism.net 27.06.2008

[6] Deutscher Bundestag, Drucksache 16/11384, 17.12.2008

[7] s. dazu [Nicht verwertbar](#) und [Nicht verwertbar \(II\)](#)

[8] Solidarität mit dem Flüchtlingswiderstand in Gohlberg; thevoiceforum.org 26.01.2009

[9] Flüchtlingsströme: EU will ihre Asylpolitik neu ordnen; Frankfurter Rundschau 18.02.2009. Berlin stemmt sich gegen Asylpolitik der EU; Die Welt 19.02.2009

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com